

# Verlorene Heimat

Im Westjordanland erleben die Menschen seit Jahrzehnten mit, wie ihr Land zusammenschmilzt. Folgt nun bald der nächste Schritt?

Von Jochen Stahnke, Beit Sira

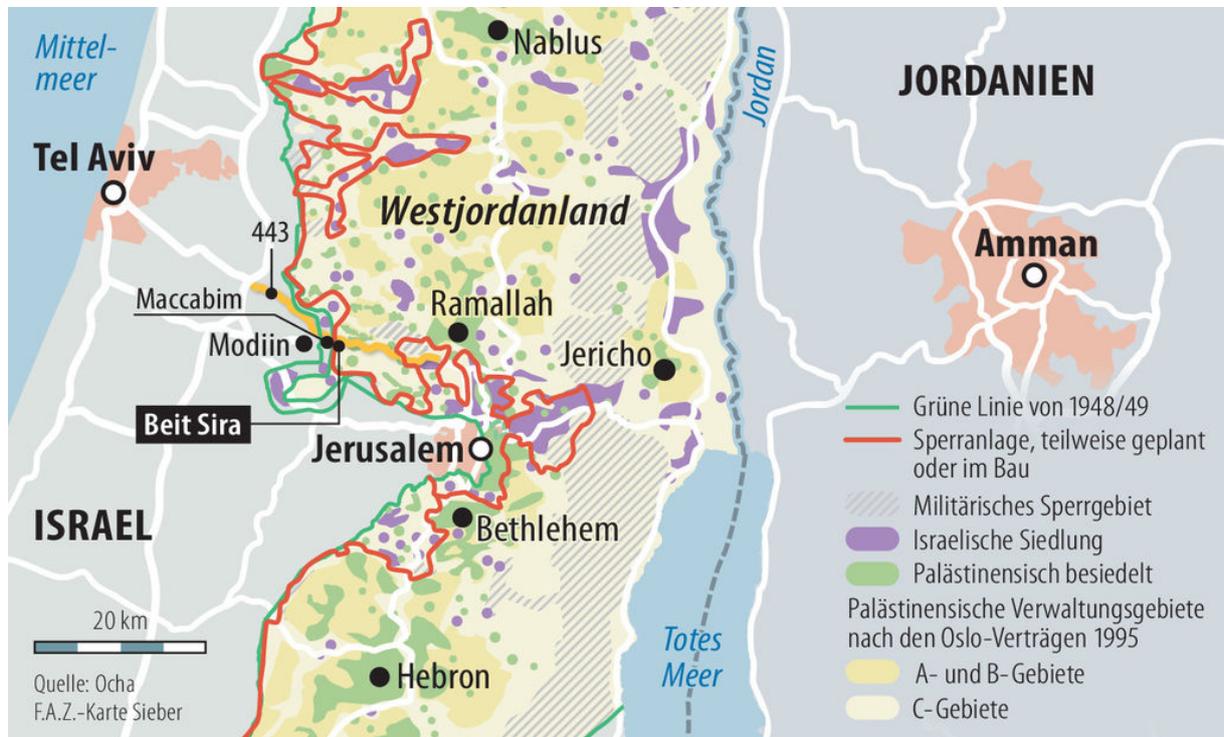


**„Ich werde meinen Kindern immer erzählen, dass dies Palästina ist“:**  
Blick auf das Dorf Beit Sira im Westjordanland Getty

Sonntagabend, Ramallah im Feierabendverkehr. Der Übergang nach Israel ist noch weit, der Stau lässt eine Wartezeit von einer Stunde vermuten. Also über die Dörfer, in der Hoffnung, dass an einem der kleineren Kontrollposten Durchlass möglich sein wird auf die Schnellstraße 443 in Richtung Tel Aviv. Die Schnellstraße liegt zwar größtenteils ebenfalls im Westjordanland, befindet sich aber unter israelischer Kontrolle und kann von Palästinensern ohne israelischen Ausweis faktisch nicht befahren werden.

Man kommt dann nach Beit Sira, einem Dorf, dessen Moschee mit goldener Kuppel schon von fern herausragt. Am Rande des Dorfes liegt so ein Zugang zur 443, aber Schranken und in den Boden eingelassene ausfahrbare Metallpoller versperren die Durchfahrt. Israelische Soldatinnen Anfang zwanzig kommen heran, freundlich, bestimmt, das Sturmgewehr umgehängt. Keine Chance – zurück nach Ramallah, hier gehe es jedenfalls nicht. Zurück im Dorf, fragen hilfsbereite Bewohner, was denn los sei. Es stellt sich heraus, dass einer von ihnen die Nummer eines Bekannten hat, der in Deutschland studiert, aber gerade im Urlaub nach Beit Sira gekommen ist, einem jahrhundertealten Dorf, in dem rund

dreitausend Menschen leben. Es ist Abdul Khattab, dessen Bruder Zaid wiederum die Nummer eines israelischen Geheimdienstlers hat, der offenbar für die Überwachung des Dorfes zuständig ist. Zaid ruft den Israeli an, der natürlich keine Lust hat, sich wegen eines verfahrenen Autos einzuschalten.



Die Familie Khattab bewohnt ein mehrstöckiges Haus an einem Hügel. Vom Dach aus sieht man die Lichter der unmittelbar angrenzenden, völkerrechtlich illegalen israelischen Siedlung Maccabim, und die Khattabs erzählen beim Tee, dass dort, wo jetzt die roten israelischen Dächer schimmern, einst auch ihnen Land gehörte. Mehr als siebenzig Prozent seiner Fläche hat Beit Sira verloren, an die Siedlung und an die Schnellstraße, die seine Bewohner nicht befahren. Die palästinensischen Häuser drängen sich mittlerweile so dicht an dicht, dass das Dach der Khattabs beinahe an das des Nachbargebäudes stößt. Auf der anderen Seite erscheint die goldene Kuppel der großen Moschee, die dem Felsendom in Jerusalem nachempfunden ist. Die Lautsprecher des Minarets wurden in Richtung der israelischen Siedlung abgebaut, nachdem sich die Siedler über den Lärm beschwert hatten und das israelische Militär eine entsprechende Verfügung ausgestellt hatte.

Nun hat die neue Regierung angekündigt, auf der Basis des amerikanischen Nahost-Plans irgendwann vom 1. Juli an Teile des Westjordanlands zu annektieren. In Beit Sira geht man nach Ansicht der von Washington vorgelegten, recht groben Karte davon aus, dass auch das eigene Dorf annektiert wird; während in Israel ein Komitee um Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und den amerikanischen Botschafter David Friedman derzeit mit der Kartierung der exakten Gebiete beschäftigt ist, die man annektieren will.

Ein massiver Völkerrechtsbruch, gleich wie viel Gebiet annektiert wird. Die palästinensische Behörde habe noch keinen Kontakt nach Beit Sira aufgenommen, heißt es im Dorfrat. Die „Jerusalem Post“ wiederum berichtete unter Berufung auf israelische Regierungsvertreter, Israel werde „seine Souveränität“ nicht auf palästinensische Städte übertragen, auch wenn diese in annektierten Gebieten liegen. Netanjahu sagte seiner Hauszeitung „Israel Hajom“ auf eine Frage zur Lage im Jordantal, man werde auf palästinensische Enklaven keine „Souveränität“ anwenden, „sie werden palästinensische Subjekte bleiben, wenn man so will. Aber israelische Sicherheitskontrolle wird auch für diese Orte gelten.“



Szene aus Beit Sira: Dorfbewohner Helmi Anqawi Jochen Stahnke

Also ein wenig so, wie es bisher schon ist in Beit Sira. Mehr als sechzig Prozent der Dorfbewohner arbeiteten in Israel, erzählt Helmi Anqawi, der lange für die palästinensischen Sicherheitsbehörden gearbeitet hat. Anqawi spekuliert, dass ihnen nach der Annexion eine Daueraufenthaltsgenehmigung für Israel ausgestellt werde, ohne Wahlrecht. Sofern es überhaupt zur Annexion komme.

Vom Hügel aus zeigt Anqawi auf den Kontrollposten, an dem es für Autos so gut wie keine Durchfahrt gibt. Mehr als einhundert zerbeulte Fahrzeuge parken an der Schotterpiste und im Graben vor dem Checkpoint. Sie gehören den Palästinensern aus der Gegend, die – so wie insgesamt 150 000 Palästinenser – eine Genehmigung haben, in Israel oder in israelischen Siedlungen zu arbeiten. Bis zum Checkpoint von Beit Sira kommen sie mit dem Auto. Zu Fuß dürfen sie ihn passieren, von wo aus sie dann mit Kleinbussen über die 443 auf die Baustellen fahren.

Zaid Khattab ist einer von ihnen. Als er 14 Jahre alt war, saß er ein Jahr lang ohne Anklage im israelischen Gefängnis, in sogenannter Administrativhaft; das war nach den Protesten 2006, als die Israelis auch als Reaktion auf die zweite Intifada die Sperranlage durch Beit Sira zogen und weiteres Land der Khattabs und Dutzender weiterer Familien enteignet wurde. Im Gefängnis lernte Zaid Hebräisch, und seit vielen Jahren schon arbeitet der heute 28 Jahre alte Familienvater als Handwerker im Innenausbau auf Baustellen in Modiin, der nächstgelegenen israelischen Stadt unmittelbar hinter der Grünen Linie, der Waffenstillstandslinie von 1967. Sie bildete bis zum Abbruch der Verhandlungen vor sechs Jahren die Grundlage einer künftigen Grenzziehung, die der Trump-Plan nun verschoben hat.

Zaid Khattab hat sich in Modiin ein gut laufendes Geschäft aufgebaut, er beschäftigt 22 Angestellte, für die er jeweils umgerechnet 25 Euro pro Tag für die Arbeitsgenehmigung an einen israelischen Mittelsmann zahlt, insgesamt rund 16 000 Euro monatlich. Es muss sich trotzdem lohnen. Jedenfalls verdient Zaid Khattab so viel, dass er sich 2000 Quadratmeter Land am Rand von Beit Sira kaufen konnte und einen dreigeschossigen Rohbau baute, der nächstes Jahr fertig sein soll.



**Blick auf den Checkpoint von Beit Sira: Zerbeulte Autos warten auf ihre palästinensischen Besitzer, die in Israel arbeiten. Jochen Stahnke**

„Langfristig steuert alles auf einen einzigen, gemeinsamen Staat zu“, glaubt Zaid, „das wird die Zukunft.“ Mehr als sechzig Prozent der Palästinenser glauben nicht mehr an zwei nebeneinander koexistierende Staaten Israel und Palästina. „Ich muss mit der Situation leben, wie sie ist“, sagt Zaid, Gewalt sei ohnehin keine Lösung. „Aber unabhängig davon, ob ich einer israelischen Annexion zustimme oder nicht, werde ich meinen Kindern immer erzählen, dass dies Palästina ist.“

Nur, wo liegt dieses Land? Zuletzt haben die Israelis Beit Sira im Jahr 2016 verkleinert, als die israelische Siedlung Maccabim vergrößert wurde. Die Khat tabs erzählen, dass auch ihre Familie dabei Land verloren habe, ohne dass es eine Entschädigung gegeben habe. Es war Land, das auf sogenanntem C-Gebiet liegt, also unter israelischer Zivil- und militärischer Verwaltung steht. So wie es in den Abkommen von Oslo in den neunziger Jahren festgelegt worden ist – unter der Prämisse, dass der Verantwortungsbereich der damals geschaffenen palästinensischen Regierung graduell von Gebiet A auf B und schließlich auf C ausgedehnt werde. Dazu kam es nicht. Im C-Gebiet, das sechzig Prozent des besetzten Westjordanlands ausmacht, dehnten sich stattdessen die israelischen Siedlungen aus.

Die israelische Militärverwaltung, die im C-Gebiet auch die zivile Zuständigkeit für sich reklamiert, genehmigte zwischen 2016 und 2018 ganze 21 von 1485

gestellten palästinensischen Bauanträgen. Der größere Teil von Beit Sira liegt im C-Gebiet, und auch dort bauten einige Dorfbewohner, ohne Genehmigung. Diese Bauten gelten als illegal und sind vom Abriss durch Israel bedroht. Falls Israel nun auch diesen Teil des C-Gebiets annektiert und zum eigenen Staatsgebiet erklärt, dann wären nicht nur die palästinensischen Bauten dort „illegal“, sondern auch ihre Bewohner illegale Anwohner Israels und von der Ausweisung bedroht, da sie plötzlich kein legales Aufenthaltsrecht mehr hätten. Und wenn dann auch im Westjordanland israelisches Zivilrecht gilt, dann käme – ohne dass es dazu einer gesonderten Erklärung bedürfte – dort auch das „Gesetz über das Eigentum Abwesender“ zur Anwendung. Das regelt seit 1950, dass Eigentum von Palästinensern, die in „feindlichem Gebiet“ oder in „einem Teil Palästinas der Mandatszeit, das nicht der Staat Israel ist“, leben, unter Vormundschaft des israelischen Staates gestellt werden kann.

Ziads Bruder, Abdul Khattab, hat Beit Sira verlassen. Nach einem guten Abitur in Ramallah und einem Deutschkurs studiert er Mechatronik an der TU Darmstadt und steht kurz vor dem Abschluss. Khattab erzählt von einer Verkehrskontrolle in Deutschland, die Papiere waren in Ordnung, aber als er auf die Frage des deutschen Polizisten, woher er komme, „Palästina“ antwortete, habe der Beamte geantwortet: „Also kommst du aus Israel.“ Nein, habe Abdul geantwortet, „Palästina ist mein Land“. Darauf der Polizist: „Das Land gibt es nicht.“ Diese Worte zu hören, sagt Abdul in fließendem Deutsch, „dass mein Land nicht existiert, das tat weh“. Abdul Khattab sagt, wenn er deutschen Kommilitonen seine Geschichte erzähle, dann bekämen viele nach einiger Zeit Mitleid. „Aber viele sagen auch nichts, weil sie Angst haben, als Antisemiten dargestellt zu werden.“ Abdul spricht von Doppelmoral: „Gegen Russland nach der Krim-Annexion gab es Sanktionen, aber zu Israel sagen sie jetzt nichts.“

Abdul Khattab sagt, wenn er sich in Deutschland etwas aufgebaut und Familie habe, dann wolle er wieder zurück, damit seine Kinder in Palästina aufwachsen. Jedes Mal wenn er nach Deutschland an die Uni reist, dann kann er nicht über den israelischen Flughafen Ben Gurion fliegen, der von Beit Sira keine zwanzig Autominuten die 443 runter entfernt liegt. Statt zwanzig Minuten braucht Khattab einen Tag: Er muss erst nach Jerusalem und von dort in die jordanische Hauptstadt Amman fahren, sofern ihn die Israelis ausreisen lassen. Von Amman fliegt er dann nach Deutschland; die Palästinenser haben keinen eigenen Flughafen. Zum Checkpoint vor der Landstraße 443 will Abdul Khattab deswegen auch nicht mehr mitkommen. Am übernächsten Tag geht sein Flug aus Amman, und Ärger mit den Israelis könnte seine Ausreise noch vereiteln. Es ist längst dunkel, und irgendwann bekommen die netten Soldatinnen Mitleid. „Mit dem Dorf hier haben wir weniger Probleme, mit den Nachbardörfern ist es schwieriger“, sagen sie. Sie rufen die Polizei, eine kurze Durchsuchung, dann Durchlass auf die Schnellstraße. Ein Weg, der Abdul Khattab nicht offensteht.

<https://zeitung.faz.net/faz/politik/2020-06-18/verlorene-heimat/472199.html>